



## **25.11.2016 Stadtentwicklung für das Quartier Kirchstraße/Grandweg in Ergste**

In der Sitzung des Rates am 23.11.2016 gab es eine intensive und engagierte Diskussion darüber, in welcher Form das Quartier Kirchstraße/Grandweg zukunftssicher entwickelt werden kann.

Zuvor war bereits in anderen Diskussionen im Rat deutlich geworden, wir brauchen in Zeiten des demographischen Wandels in Schwerte zukünftig mehr Stadtentwicklung und Stadtteil-Entwicklung. Die Situation in Ergste mit dem Umzug der Grundschule im kommenden Jahr und dem zunehmenden Leerstand in der Kirchstraße lädt gerade dazu ein, hier in Ergste damit zu beginnen.

Ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Vorstellung von Stadtteil-Entwicklung war und ist die Beteiligung von Bewohnern des Stadtteils: allein den Architektenbüros als Profis das Feld für einen Ideenwettbewerb zu überlassen hielten und halten wir als GRÜNE für falsch. Und an dieser Stelle sah das die CDU-Fraktion in gleicher Weise. Deshalb wurden wie richtig berichtet, Einwohner-Werkstattgespräche vorgeschaltet. Nur die SPD wollte - aus welchen Gründen auch immer - am Instrument "Sozialraumkonferenz" festhalten - einem Instrument der Jugendhilfe, bei dem zwar Gruppen und Organisationen, nicht aber Bewohner des Stadtteils einbezogen werden können. Und ein Instrument der Jugendhilfe für die Erörterung städtebaulicher Entwicklungen und Anforderungen zu nutzen, ist u. E. auch der falsche Ansatz!

Schade, dass die SPD nicht über ihren Schatten springen konnte, sich wie der überwiegende andere Teil des Rates auf ein breit angelegte Diskussionsforum wie der beschlossenen Einwohner-Werkstatt einzulassen. Der Stadtteilentwicklung in Ergste hätte das gut getan!

## **22.11.2016 Antrag zum Tagesordnungspunkt 10, I. Nachtrag zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Schwerte, Ratssitzung am 23.11.2016**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
die Fraktion Die Grünen bittet Sie, folgenden Antrag als Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt 10, Beschlussvorlage IX/0453, in der Ratssitzung am 23.11.2016 alternativ zur Beschlusslage des AWF (17.11.2016) abstimmen zu lassen:

### **Antrag**

Im Nachtrag zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Schwerte wird der § 1 Absatz 1 folgendermaßen geändert:

Der § 13 erhält im ersten Nachtrag folgende neue Absätze:

5. Wer die Bioabfallbehälter oder die Behälter für Altpapier wiederholt unsachgemäß befüllt, hat den Betrag eines entsprechenden Restabfallbehälters pro Abholung zu bezahlen. Darüber hinaus kann die Verwaltung ein Verwarngeld von bis zu 500 € festsetzen.

6. Absatz 5 hat keine Wirkung, wenn wirksame Maßnahmen getroffen wurden, um eine erneute

unsachgemäße Befüllung zu verhindern.

Eine wirksame Maßnahme kann eine dokumentierte Belehrung der Bewohner eines Wohnhauses oder die Inanspruchnahme von verschließbaren Abfallbehältern sein.

Der Baubetriebshof hat beim erstmaligen Verstoß die Pflicht, die Besitzer der Abfallbehälter über wirksame Maßnahmen zu unterrichten und stellt zu diesem Zweck verschließbare Abfallbehälter bereit.

Begründung

Die bisherige Vorlage regelt bisher lediglich eine Veränderung der Gebührensätze bei unsachgemäßer Benutzung. Durch die ökologische Bedeutung des Altpapier- und Bioabfalls und die bei einer unsachgemäßen Entsorgung einhergehende Umdeklarierung, welche höhere Kosten bei der Entsorgung für die Allgemeinheit bedeutet, ist es sinnvoll, dies monetär zu sanktionieren.

Allerdings gibt es Situationen, bei denen trotz Hinweise vom Hauseigentümer oder durch unsachgemäße Befüllung Dritter die Besitzer der Abfallbehälter zu Unrecht von einer Sanktion betroffen wären. Dies soll durch vorliegenden Änderungsentwurf verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Bruno Heinz-Fischer  
Fraktionsvorsitzender

i.A. Laura Ziel  
Fraktionsgeschäftsführerin



**03.11.2016 Anlässlich des Besuchs der Ratsfraktion der Grünen im Flüchtlings-Containerdorf im Gänsewinkel äußern sich die Grünen aus ihrer Sicht zum notwendigen weiteren Vorgehen:**

„Nach Unterbringung jetzt Integration vorantreiben“  
Nach dem erfolgreich umgesetzten Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in Schwerte braucht es jetzt einen nächsten Schritt:

Nach dem Unterbringungs-Konzept muss nun ein Konzept zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen und anderen Migrantengruppen sowie ein Konzept gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entwickelt werden.

Dazu gehört die Einbindung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, die in vielfältiger Weise auch bereits jetzt Integration auf einem hohen Niveau unterstützen und betreiben - teilweise miteinander, teilweise nebeneinander.

Unter dem Aspekt "Fördern und Fordern" sollten alle Altersgruppen von ausländischen Kindern im Kindergarten bis hin zu den älteren Migrantinnen und Migranten einbezogen werden.

Im Rahmen einer derartigen Konzepts kann auch über eine noch bessere Anerkennung der großartigen Leistungen der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zum Beispiel mit der Ehrenamtskarte des Landes NRW nachgedacht werden.

Reinhard Streibel  
Mitglied der Fraktion Die Grünen

**27.10.2016 Antrag: Kostenfreies WLAN in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete**

Sehr geehrte Frau Dausend,  
die Fraktion Die Grünen bittet Sie, den hier vorliegenden Antrag auf die Tagesordnung des Generationenausschusses am 10.11.2016 zu nehmen und abstimmen zu lassen:

#### Antrag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Auskunft darüber zu geben, welche Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete bereits über kostenfreies WLAN verfügen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit die Einrichtung von kostenfreiem WLAN in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete technisch machbar ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie hoch die Investitionskosten für die Einrichtung von kostenfreiem WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete und die langfristigen Kosten dieser Maßnahme sind.

#### Begründung:

Den Geflüchteten ist es ein sehr wichtiges Anliegen, Kontakt zu ihrer Familie und ihren Freunden aus dem Heimatland aufzunehmen und aufrecht zu erhalten. Der Kontakt kann entweder mit dem Smartphone über Auslandstelefonate oder mithilfe des Internets über EMail- oder Messenger-Dienste hergestellt werden. Beides ist jedoch mit hohen Kosten verbunden, welche i.d.R. nicht von den Geflüchteten bezahlbar sind.

Die Schaffung eines kostenlosen Internetangebots in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete stellt somit ein geeignetes und wichtiges Hilfsmittel zum Informationsaustausch über E-Mail- oder Messenger-Dienste für die Geflüchteten z.B. zu Angehörigen in den Herkunftsländern dar. Zudem könnten die Geflüchteten so auch kostenlose Sprachenübersetzer nutzen, um den Kontakt mit anderssprachigen Geflüchteten in der Unterkunft zu erleichtern.

Es wird angeregt, neben kommerziellen Anbietern, auch die nicht-kommerziellen Initiative Freifunk (siehe <https://freifunk.net/> und <http://freifunk-ruhrgebiet.de/>) bei der Prüfung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Hosang

Fraktionsvorsitzende

i.A. Laura Ziel

Fraktionsgeschäftsführerin

### **Die Altstadt zu den Ruhrauen öffnen: Grüne wollen eine behutsame Wegeverbindung Wuckenhof –Ruhrauen**

**24.10.2016** Noch ist die Ausprägung des neuen Wegestückes völlig offen, aber trotzdem schon heiß umstritten: der Wuckenhof- Ruhrauen-Zugang. Dabei ist klar, dass sich die schöne Altstadt über die Renaturierung des Mühlenstranges zu den Ruhrauen hin öffnen muss; z.B. Im Reiche des Wassers, an der alten Mühle und am Wuckenhof.

Letztere, in Planung befindliche Wegeverbindung ist Teil des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt – ein Gesamtkonzept für eine erneuerte Schiene vom Bahnhofsvorplatz bis zu den Ruhrauen, das umfangreiche Fördermittel des Landes erhält. Das Teilstück Wuckenhof – Ruhrauen ist ein bisher unausgeprägtes, aber unerlässliches, und deshalb neu zu fassendes Glied in dieser Kette. Bevor der Rat entscheidet, wie genau diese Wegeführung ausgestaltet wird, wird es erneut eine

Veröffentlichung von drei Varianten geben. Jeder Bürger, jede Bürgerin ist eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Bisher ist nichts entschieden. Wir als Grüne Fraktion sprechen uns ausdrücklich gegen „große Bauwerke“ aus, präferieren einfache aber dennoch wirkungsvolle Lösungen, die zum Stadtbild in diesem Bereich passen, bestehende Wegepfade nutzen und Eingriffe in die Natur gering halten. Gerade an dieser sensiblen Nahtstelle zwischen alter Stadtmauer mit ihren gewachsenen Kleingärten-/Altstadtstrukturen und beginnenden Ruhwiesen am Mühlenstrang ist ein Vorgehen gefragt, das ein Weniger zu Mehr macht: lieber kleckern statt klotzen, Bestehendes wahren, Neues behutsam einpassen.

Die neue Wegeverbindung Wuckenhof – Ruhrauen ist für Grüne keine „lex rohrmeisterei“, sondern nur eines von mehreren „Altstadt-Toren“, die Schwerte im Rahmen der Stadtentwicklung in Richtung Auenlandschaft öffnen muss.

Wichtiger Aspekt und notwendiger Baustein ist in diesem Gesamtkonzept eine bessere Nutzungsmöglichkeit der Tiefgarage Markt, bei Veranstaltungen im Innenstadtbereich, aber auch in und an der Rohrmeisterei. Die derzeitige Nutzungssituation ist unzureichend und bedarf der Ausweitung, um Veranstaltungsverkehre aufzunehmen und damit die Parksituation am Markt und an der Rohrmeisterei zu entlasten.

Die derzeit viel diskutierte Rohrmeisterei ist - als ein von der Bürgerstiftung getragenes Veranstaltungs- und Kulturhaus - ein Kleinod in Schwerte. Das bemerkenswert vielfältige Kulturleben in unserer Stadt darf nicht ohne sie gedacht werden, ebenso wenig darf es ohne das Welttheater, ohne die freien Kulturschaffenden, ohne den KuWeBe und ohne Bürgerstiftung St.Viktor gedacht werden. Nur mit dieser regen Kulturszene bleibt Schwerte lebendig.

Insofern müssen Probleme mit der Lärm- und Müllbelastung in der direkten Innenstadt, die aktuell von einigen Bürgerinnen und Bürgern beklagt werden, dringend geklärt werden. Gemeinsam mit den anderen Parteien wollen die Grünen alles dazu beitragen, die derzeit öffentlich diskutierten negativen Auswirkungen einzudämmen.

Die Innenstadtbewohner in Schwerte schätzen und lieben ihre Kleinstadt: Kulturangebote vor der Haustür, die Welt zu Gast in der Rohrmeisterei, Natur pur in den Ruhrauen, Markttreiben und gemütliches Beisammensein, alles fußläufig – alles nett beieinander.

Wenn nur die Menschen nicht wären, die letztlich den Müll und den Lärm verursachen..., aber ohne sie – mal ehrlich -.wäre es irgendwie doch auch nichts, oder?

Andrea Hosang

Fraktionssprecherin Die Grünen im Rat der Stadt Schwerte

### **23.08.2016 Grüne Ratsfraktion zieht Bilanz des ersten Halbjahres 2016**

Die Bilanz der Fraktionsarbeit hinsichtlich der Umsetzung und Durchsetzbarkeit „grüner“ Inhalte und Anliegen ist nach Einschätzung der Grünen im Rat der Stadt Schwerte sehr erfreulich.

#### **1. Die Massentierhaltungsanlage auf dem Bürenbruch wurde verhindert!**

Damit gibt es keine Erweiterung der bestehenden Mastanlage an einem der schönsten Punkte auf den südlichen Höhen in Schwerte - der Durchbruch der industriellen Tierhaltung, die sich wie eine unaufhaltsame Welle von Norden her ausbreitet, konnte vor Schwerte gestoppt werden. Die Grünen freuen sich, dass das seit April 2014 bekannt gewordene Vorhaben über einen abgelehnten Bauantrag durch die Stadt ausgebremst wurde.

„Wirklicher Grund zur Freude. Wir sagen Danke für die Unterstützung durch die Bürgerinnen und

Bürger und die Bauverwaltung,“ so Fraktionssprecherin Andrea Hosang. „Die Stadt hat einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz sowie der Schutz vor der Verbreitung multiresistenter Keime in Schwerte Vorrang hat. Eine saubere Umwelt ist der Garant für ein gesundes Leben im Ruhrtal.“

2. Der erste grüne Fachbereichsleiter für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt im Range eines Dezernenten hat zum 1.1.2016 seinen Dienst begonnen.  
Wir wünschen Adrian Mork für seine Arbeit alles Gute!
3. Die ersten – von uns lange geforderten – Shared-Space-Bereiche werden langsam umgesetzt. Auf dem Postplatz mit angrenzender Bahnhofstraße, auf der Hagenerstraße und zwischen Markt und Cava-Platz hoffen wir auf ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer/innen im öffentlichen Raum. Schrittgeschwindigkeit der Fußgänger wird dann als Maß der Dinge den Verkehr endgültig den Verkehr in der direkten Innenstadt entschleunigen.
4. Die Stelle einer/s Beauftragten für Inklusion wird durch Umstrukturierungen möglich und in Kürze durch den Bürgermeister umgesetzt.
5. Das von Grünen initiierte und dann erfreulicherweise von allen Fraktionen aufgegriffene und mitgetragene Jugendforum wird unter Beteiligung von Jugendlichen endlich vorbereitet.
6. Die zweite Gesamtschule wird in 2017 an den Start gehen. Damit wird dem Wunsch vieler Eltern in Schwerte Rechnung getragen! Gleichzeitig konnten die zwei Gymnasien jeweils 3-zügig gesichert werden.
7. Auf dem Brachgelände der Look'schen Wiese am Bahnhof Schwerte konnte eine Gruppe engagierter Bürger/innen einem Bürgergarten initiieren, bei dem Jede/r mitmachen kann. Weitere Mitstreiter\*innen sind gerne willkommen!
8. Das ehemalige FAB-Gelände kann wahrscheinlich bzw. zum allergrößten Teil als grünes, unbebautes Freizeitgelände erhalten werden und dient damit auch dem Hochwasserschutz.

Mit neuem Elan und großer Lust auf Kommunalpolitik in Schwerte gehen die Grünen im Rat das 2. Halbjahr 2016 an und hoffen auf ähnliche gute Erfolge!

### **01.07.2016 Alle Schwerter Kinder in Schwerter Schulen**

„Es muss endlich wieder jedes Schwerter Kind vor Ort in die Schule seiner Wahl gehen können – das muss sichergestellt sein und hat oberste Priorität“, erklärt Bruno Heinz Fischer für die Grüne Fraktion. „Wir haben bis zuletzt um den richtigen Weg diskutiert. Und wollten vor allem nicht über dieses Ziel hinausschießen.“

Mit zwei Beschulungsvereinbarungen mit Iserlohn und Dortmund die gymnasiale 4-Zügigkeit mutwillig herbeizuzwingen und die langfristig vertretbare Größe ohne Not aufzublähen, halten wir in Schwerte für einen schulpolitischen Größenwahn, so die Grünen.

Die entstehenden Kosten für diese „Schulblase“ würden in Schwerte an anderer Stelle fehlen. Das kann nur wollen, wer sich nicht in der Verantwortung sieht.

In Schwerte müssen endlich die ureigensten Schwerter Schulprobleme verlässlich gelöst werden, wir müssen und können nicht die Schulprobleme der Dortmunder lösen, erklären die Grünen. Denn im Dortmunder Süden fehlen vor allem Gesamtschulplätze. Und wenn zusätzliche Gesamtschüler/innen auf der Basis einer 2. Beschulungsvereinbarung für Gesamtschulen und Gymnasien (wie Dortmund das will) aufgenommen werden müssten, liefen wir Gefahr, Schwerter Schüler/innen nicht ausreichend versorgen zu können. Dieses Risiko wollen die Schwerter Grünen nicht eingehen.

Alle Schwerter Kinder in Schwerte beschulen, ist oberste Priorität: Dazu werden 2 Gesamtschulen und die beiden Gymnasien mit je 3 bzw. 2 Zügen benötigt, wie auch vom RP in Arnsberg bestätigt.

Es war der politische Wille aller Fraktionen, das kleinere Gymnasium wieder 3-zügig werden zu lassen – also das FBG um einen Zug langfristig zu stärken. Und das ist in einer Kleinstadt wie Schwerte ein

durchaus ambitioniertes Ziel vor dem Hintergrund der Haushaltssanierung.

Eine Beschulungsvereinbarung ausschließlich für Gymnasien mit Iserlohn reicht aus, um dieses Ziel sicherzustellen. Denn: Kommen aus Iserlohn wenige Schüler/innen, können die dann freien Plätze mit Dortmunder Schüler/innen problemlos aufgefüllt werden. So wurde ja auch in der Vergangenheit verfahren.

Es ist wichtig zu wissen: Eine Beschulungsvereinbarung stellt die Schüler/innen der Vertragsstadt rechtlich mit Schwerter Schüler/innen gleich (und wir tragen für diese auch die Kosten).

Bruno Heinz-Fischer und Andrea Hosang  
für die Fraktion Die Grünen

### **13.06.2016 - Grüne im Rat begrüßen Beschluss: Moderate Sperrklausel für Räte in NRW**

Die Grünen im Rat der Stadt Schwerte begrüßen die Einführung einer 2,5 Prozent-Sperrklausel in kommunalen Vertretungen

Die Grünen im Rat begrüßen die jüngst beschlossene Einführung einer moderaten 2,5 %-Sperrklausel für die Kommunalwahlen NRW durch den Landtag. Die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für das Land NRW und wahlrechtlicher Vorschriften eingebracht. Ziel ist, für Kommunalwahlen eine Sperrklausel von 2,5 Prozent der Stimmen einzurichten. "Ein solches Quorum ist nötig zum zukünftigen Erhalt der Funktionsfähigkeit unserer Räte in den Städten und damit auch in Schwerte", erklärte Reinhard Streibel für die Grüne Ratsfraktion. „Verhältnisse in wie anderen Ruhrgebietsstädten mit 10 bis sogar 13 Fraktionen, die einander blockieren und konstruktive Politik erschweren bis unmöglich machen, werden dadurch verhindert.“

### **Grüne rufen auf zum Gülle-Sturm: Ruhrtal vor Gülle-Verklappung schützen**

**21.4.2016** Die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrtal sind mit Recht erschreckt über die Mengen der derzeit ausgebrachten Gülle. Man könnte den Eindruck erlangen, das ganze nördliche Münsterland habe Reifen bekommen, um hier im Ruhrtal die gesamte Gülle der Winterzeit auszuschütten. Die Frage, die sich hier richtig stellt – so die Schwerter Grünen -, ist doch, ob die Böden die angefahrenen Mengen in der verkürzten Ausbringezeit – wie sie die Landwirtschaftskammer bestätigt hat - überhaupt speichern können, ob die Pflanzen tatsächlich einen so großen Bedarf in so kurzer Zeit haben oder ob das Wassergewinnungsgebiet und das Grundwasser Schaden erleiden. Die Antwort darauf kennt allein die Landwirtschaftskammer. Diese ist beauftragt, die Gülletransporte und damit die Verschiebung der Güllemengen zu registrieren, um eine Überdüngung von Böden zu verhindern. „Die Landwirtschaftskammer ist der Zauberlehrling der die Geister, die er rief, nötigenfalls wieder zurückpfeifen muss“, so Andrea Hosang.

Tatsache und Problem ist, so die Schwerter Grünen, dass man hier vor Ort eine Überdüngung oder eine Gülle-Verklappung über das erlaubte Maß hinaus nicht überprüfen, sondern nur vermuten kann. Möglicherweise wird jetzt wegen der Zeitverkürzung aufgebracht, was einfach weg muss, ohne Rücksicht auf das Wasserschutzgebiet. Die Landwirtschaftskammer allein kennt die

Verschiebemengen und wieviel dann wo ankommen darf. Eine Kontrolle der Transportströme ist allerdings mehr als unzulänglich und muss eingefordert werden.

Die Grünen rufen vor diesem Hintergrund dazu auf, die Landwirtschaftskammer beim Wort zu nehmen und alles dort zu melden.

Die Grünen bitten die Schwerter Bürger und Bürgerinnen jeden Gülletransport zu fotografieren und dieses Bild per Mail mit Orts- und Zeitangabe und der Bitte auf Überprüfung an die Landwirtschaftskammer zu senden. Die Mailadresse wurde bereits veröffentlicht: [unna@lwk.nrw.de](mailto:unna@lwk.nrw.de). „Es wäre gut, wenn ein Gülle-Sturm entstehen würde, der die Landwirtschaftskammer zu einer Überprüfung zwingt“, bekräftigt sichtlich amüsiert der Junggrüne Max Reinert.

Grüne sprechen sich gegen jede Form der Massentierhaltung aus. Der Gülle-Tourismus ist eindeutig eine Folge der industriellen Massentierhaltung, deren oft gewerbliche Betriebe weder das Futter selbst erzeugen, noch die Gülle auf eigenen Feldern entsorgen können und müssen. Diese müssen dann die Güllemengen auf die Äcker anderer transportieren lassen, um sie dort zu entsorgen. Und natürlich sei die aufgeworfene Frage – so die Grünen - mehr als berechtigt, warum Otto Normalverbraucher teure, überprüfte Kanalsanierungen im Wassergewinnungsgebiet betreiben muss, während auf den Äckern die Gülle offensichtlich in Fülle ausgeschüttet werden kann, ohne dass die Einhaltung der Auflagen für das Wasserschutzgebiet kontrolliert wird.

#### **Antrag: Förderung von Elektromobilität in Schwerte**

Sehr geehrter Herr Kordt,  
die Fraktion Die Grünen bittet Sie, den hier vorliegenden Antrag auf die Tagesordnung des AISU am 19.04.2016 zu nehmen und abstimmen zu lassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für Fahrzeuge mit dem Zusatzkennzeichen „E“ auf dem amtlichen Kennzeichen das kostenlose und zeitlich unbegrenzte Parken auf solchen Parkplätzen zu ermöglichen, die von der Stadt Schwerte bewirtschaftet werden, ausgenommen Anwohnerparkplätze.
2. Die Verwaltung wird damit einhergehend beauftragt, die Anwohnerparkausweise für Fahrzeuge mit dem Zusatzkennzeichen „E“ auf dem amtlichen Kennzeichen ohne Gebühr auszuhändigen.
3. Diese Regelung kann durch einen Widerspruch des Rates der Stadt Schwerte jederzeit außer Kraft gesetzt werden.

#### **Begründung:**

Als Fördermaßnahme im Rahmen des Klimaschutzes sollen einzelne Bevorrechtigungen zugunsten der Elektromobilität auch in der Stadt Schwerte genutzt werden, die durch das Elektromobilitätsgesetz vom 5. Juni 2015 (EMoG) eine einheitliche bundesweite Rechtsgrundlage gefunden haben.

Neben reinen Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen werden laut EMoG auch „von außen aufladbare“ Hybridautos privilegiert (sogenannte Plug-in-Hybridautos), wenn sie entweder höchstens 50 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen oder mindestens 40 Kilometer im vollelektrischen Betrieb schaffen.

Finanzielle Auswirkungen für die Stadt sind angesichts der realistisch zu erwartenden Anzahl von Elektromobilen zu vernachlässigen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Bruno Heinz-Fischer  
Fraktionssprecher Die Grünen

**Erweiterter, aktualisierter Antrag zum Antrag IX/ 0220/ 13 vom 5.9.2015  
Generationenausschuss 14.4.2016**

Sehr geehrte Frau Dausend,  
die Fraktion Die Grünen bittet Sie, den hier vorliegenden, erweiterten und aktualisierten Antrag zum alten Antrag IX/ 0220/13 vom 5.9.2015 auf die Tagesordnung des Generationenausschusses am 14.4.2016 zu nehmen und abstimmen zu lassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Umschichtungen z.B. in der Gleichstellungs-Beauftragung und Behinderten-Beauftragung dazu genutzt werden können, einen oder eine Inklusionsbeauftragte/n möglichst mit Wirkung zum 1.1.2017 zu installieren, die die bisher separaten Aufgabenfelder bündelt und fokussiert wahrnehmen wird.
2. Die Verwaltung wird damit einhergehend beauftragt, in allen Beschlussvorlagen für den Rat und die Ausschüsse eine Standard-Formulierung zur Prüfung der Querschnittsaufgabe Inklusionsbelange vorzusehen (analog zur Querschnittsaufgabe Gleichstellungsbelange).
3. Für den Fall, dass bei der Stadtverwaltung kein ausreichend großes Stellenpotential für eine/n Inklusionsbeauftragte/n gegeben ist bzw. keine zusätzlichen Stelle/n geschaffen werden können, wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit in Kooperation mit freien Trägern in Schwerte im Rahmen einer Modellförderung z.B. ein „Büro für Chancengleichheit“ umgesetzt werden kann. Dabei muss die erforderliche Zusammenarbeit zwischen den städtischen Stellen und der Stelle in freier Trägerschaft beschrieben und sichergestellt werden.

**Begründung:**

Mit der Befassung und der Beschlussfassung - zuerst im Generationenausschuss am 1.9.2015 zum Inklusionsplan und dann nochmals am 18.2.2016 im Generationenausschuss - nimmt das Thema Inklusion und Fragen der konkreten Umsetzung dieser gesellschaftlichen Zielperspektive eine zentralere Position ein. In der Verwaltung der Stadt Schwerte fehlt es bislang an einer mit ausreichenden personellen Ressourcen versehenen Beauftragung zur Inklusion.

Am 18.2.2016 wurde von der Verwaltung im Generationenausschuss vorgetragen, dass keine Zuschussgeber ermittelt werden konnten, die Fördermittel zur Installierung eines/r städtischen Inklusionsbeauftragten bereitstellen. In Anbetracht der Situation der Stadt Schwerte als Stärkungspaktkommune wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit der unter Nr. 3 des Beschlussvorschlages beschriebene Weg in freier Trägerschaft Aussicht auf Erfolg haben kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andrea Hosang  
Fraktionsvorsitzende  
i.A. Laura Ziel  
Fraktionsgeschäftsführerin

**8.03.2016 - GRÜNE setzen sich für bessere Refinanzierung der Flüchtlingskosten ein**

Mit einer ausführlichen Stellungnahme haben sich die Grünen im Rat an die Grüne Landtagsfraktion mit der dringenden Bitte gewandt, sich für eine bessere Refinanzierung der Kosten der Integration von Flüchtlingen einzusetzen.

Liebe Monika Düker,  
liebe grüne Freundinnen und Freunde der Landtagsfraktion,



mit großer Sorge befassen wir uns in Schwerte weiter mit dem Thema Integration von Flüchtlingen. Du, liebe Monika, konntest dir im Oktober letzten Jahres selbst ein Bild von der Situation hier in Schwerte machen, das u.a. durch ganz hohes Engagement von über 450 (!) Ehrenamtlichen in einer Stadt mit 47.000 Einwohnern geprägt ist, ohne die es auch hier schon längst zum Kollaps gekommen wäre. Mit Sorge betrachten wir auch die Finanzierungssituation sowohl des vergangenen wie auch des laufenden Jahres - insbesondere auf dem Hintergrund von Schwerte als Stärkungspaktkommune: Schwerte ist im Kommunalen Stärkungspakt I des Landes NRW. Mit großer Kraftanstrengung haben wir Ende 2015 einen Haushalt für 2016/2017 mit einer "schwarzen Null" beschlossen; dazu sind wir gesetzlich verpflichtet und dies haben wir eingehalten. Die „schwarze Null“ ist jetzt aber massiv gefährdet! Es ist uns untersagt, weitere Gelder aufzunehmen, wir müssen aber große Summen vorstrecken bei dem derzeitig geplanten Refinanzierungsverfahren des Landes.

**Das Dilemma ist: Entweder wir leihen uns widerrechtlich die erforderlichen Gelder oder wir müssen sie unseren Bürgerinnen und Bürgern an anderer Stelle für die Flüchtlinge wegnehmen – und gefährden damit fahrlässig den noch herrschenden sozialen Frieden in der Bevölkerung.**

So wurde uns von der Verwaltung mitgeteilt, dass im Jahr 2015 Ausgaben von 4,6 Mio € landesseitige Erstattungen von lediglich 3,1 Mio € gegenüberstanden - Ein Loch von 1,5 Mio €! Und das Finanzierungssystem wird 2016 offenbar auch noch weitere Lücken reißen:

Wie wir informiert wurden, sollte die Finanzierung mit 10.000 € pro Flüchtling in 2016 zum Stichtag 1.01.2016 betragen.

Laut Bezirksregierung Arnsberg muss aber wohl mit deutlich mehr Flüchtlingen in 2016 als Zuweisungen nach Schwerte gerechnet werden als es bereits in 2015 gewesen sind.

Das hieße:

- kommen statt 600 Flüchtlinge/2015 (=Berechnungsgrundlage =  $600 \cdot 10.000 \text{ €} = 6.000.000 \text{ €}$ ) aber z.B. 700 Flüchtlinge nach Schwerte, würde dieses Plus von 100 Flüchtlingen mehr als in 2015 nicht in die Landesförderung einbezogen werden und wir würden trotz erhöhter Kosten für Unterbringung und Versorgung statt 7 Mio € nur 6 Mio € vom Land erhalten.
- Hinzu kommt, dass lt. Bezirksregierung Arnsberg noch von viel höheren Flüchtlingszuweisungen in 2016 zu rechnen sein wird als die in der Beispielsrechnung angenommen 700 Menschen, was die Deckungslücke noch weiter vergrößern würde bzw. wird!

Und nun erfahren wir aktuell vom Bürgermeister, dass sich die tatsächliche Refinanzierung lt. BR Arnsberg doch ziemlich anders darstellen wird:

- Die jährliche Pauschale wird tatsächlich auf 10.000 € pro Flüchtling angehoben.
- Zugrunde gelegt werden die am Stichtag 1.1.2016 aufgenommenen Flüchtlinge: 181.134 plus 13.620 Geduldete = 194.754 Personen
- Das würde für Schwerte bedeuten: 686 am Stichtag zu zählende Personen x 10.000 € = **6.860.000 Euro**
- Tatsächlich scheint es aber Vorwegabzüge in der Form zu geben, dass lt vorliegendem Bescheid der BR Arnsberg an die Stadt Schwerte rd. **4,960 Mio Euro** ausgezahlt werden - das entspricht bei 686 Flüchtlingen eine pro-Kopf-Förderung von **7.230 Euro statt 10.000 Euro**

Dadurch und durch das Mehr an Flüchtlingen, die nicht in die Berechnung einbezogen werden, entstehen also wieder Mehrausgaben, die wir den BürgerInnen zugunsten der Flüchtlinge entziehen müssten, um keine weiteren Schulden aufzubauen.

Dazu kommen noch unbekannte Größenordnungen für die notwendige Integration der Menschen, die bereits da sind und die noch kommen.

Was da von Bund und Land zu erwarten sein wird, scheint uns derzeit noch ziemlich unklar!

Außerdem:

Konnten wir im letzten Jahr noch mit großen Kraftanstrengungen viele Mietwohnungen und kleine Einheiten von Wohnanlagen zur Unterbringung akquirieren und mussten "nur" 4 Turnhallen in Beschlag nehmen, scheint es für 2016 bei weiteren Zuweisungen der Bezirksregierung im vorgesehenen bzw. angekündigtem Umfang unumgänglich zu werden, auch über große "Auffanglager" für 300/400 Personen nachzudenken.

Genau dies wollten wir in Schwerte vermeiden und haben deshalb im September 2014 über alle Parteien hinweg ein dezentrales Unterbringungskonzept mit Sammeleinrichtungen bis zu 25 Personen beschlossen. Davon mussten wir in zahlreichen Fällen bereits Abschied nehmen. Die derzeit größte zahlenmäßige Unterbringung findet mit 86 Personen in einer Turnhalle statt. Ein weiteres Objekt wurde derzeit für 150 Personen beschlossen und wird nunmehr konkret geplant.

Damit sind wir am Ende angelangt: weitere Ankäufe von Häusern sind nicht in Sicht; weitere Grundstücke für weitere Containerstandorte stehen nicht zur Verfügung; weitere Wohnungen werden in Einzelfällen anzumieten sein, jedoch nicht in der eigentlich benötigten Anzahl zur Verfügung stehen.

Was nun?

Wir brauchen einerseits ausreichend finanzielle Mittel zur Unterbringung und Versorgung der Menschen!

Wir brauchen darüber hinaus Planungssicherheit hinsichtlich der Finanzierung wie auch der Zahl der Zuweisungen, wobei uns bei Letzterem klar ist, wie schwierig das ist!

Aber ein Versagen in Europa und unzureichende Hilfen des Bundes dürfen nicht länger auf den Schultern finanzschwacher kleiner Kommunen ausgetragen werden.

Deshalb benötigen wir dringend eine finanzielle Sonderregelung für die Kommunen des Stärkungspaktes, die es ermöglicht, den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, ohne gegen die gesetzlichen Auflagen des Stärkungspaktes zu verstoßen.

Wir brauchen dann ganz schnell Klarheit und Gewissheit, wie es mit zusätzlich Integrationsmaßnahmen, von Inklusion gar nicht zu sprechen, weiter geht: die bisherigen Instrumente reichen nicht aus. Es müssen neue Konzepte her und die sind natürlich vom Bund einzufordern, aber auch vom Integrationsministerium des Landes zu entwickeln.

Liebe Freundinnen und Freunde,

versteh dies bitte nicht als Jammern! Es ist ein Hilferuf!

Bisher ist es uns in Schwerte noch in sehr guter Weise gelungen, eine gute Willkommensstimmung zu erhalten, im extrem hohen Maß ehrenamtliches Engagement zu generieren und diese bei der Stange zu halten, Sportvereine zu bewegen, still zu halten, wenn ihnen Turnhallen weggenommen werden, Bürger zu beruhigen, wenn in ihrer Nachbarschaft neue Containerstandorte errichtet werden.

Das alles möchten wir erhalten und sind bereit, ganz viel dafür zu tun.

Aber wir brauchen eure und die Unterstützung der Landesregierung! Bitte setzt euch dafür ein! Wir wären auch gern bereit und hätten ein großes Interesse daran, in Schwerte einen kleinen "Flüchtlingsgipfel" z. B. mit den flüchtlingpolitischen Sprechern der Parteien im Landtag oder der Regierungskoalition auszurichten. Dies würde sicher auch auf Interesse im Kreis Unna bzw. im Kreisverband Unna der GRÜNEN stoßen.

Sofern auch bei euch Interesse an einem derartigen Vorgehen besteht, meldet euch gerne.

**Die Fraktion der GRÜNEN im Rat der Stadt Schwerte**

**Andrea Hosang – Bruno Heinz-Fischer – Barbara Stellmacher – Max Reinert – Reinhard Streibel**

Die ersten Wochen des Jahres 2016 waren geprägt von weitreichenden kommunalpolitischen Entwicklungen, zu denen die Fraktion Stellung beziehen musste.

Diese Positionierungen werden hier beschrieben und erläutert:

## 1. Schulpolitik

- a) Zweite Gesamtschule

Die Fraktion hat es ausserordentlich begrüßt, dass das Anmeldeverhalten der Eltern der Grundschulkinder in Schwerte dazu geführt hat, dass es zur Gründung der neue Gesamtschule zum Schuljahr 2016/17 kommen wird.

- b) Zügigkeit der beiden Gymnasien

Die Fraktion hat zu einem mehrheitlichen Beschluss beigetragen, der formal die Zügigkeit des FBG auf 2 Züge, die des RTG auf 3 Züge festlegt.

Gleichzeitig wurde die Verwaltung jedoch beauftragt, bei der Bezirksregierung Arnsberg eine Mehrklasse für das FBG genehmigen zu lassen. So würden beide Gymnasien zukunftssicher mit ausreichenden Schülern zur Umsetzung ihrer jeweiligen anspruchsvollen Programme versorgt werden können.

Die Fraktion hätte es begrüßt, wenn es absehbar zu einem Mehrheitsbeschluss hätte kommen können, der entgegen der Maßgaben der Bezirksregierung für beide Gymnasien die 3-Zügigkeit festgelegt hätte.

Wir waren überzeugt, dass die Bezirksregierung mit Blick auf den Schulfrieden in Schwerte kein Veto eingelegt sondern dem Beschluss gefolgt wäre.

Für diese Vorgehensart war jedoch keine Mehrheit in Schulausschuss und Rat zu erlangen.

- c) Beschulungsvereinbarungen mit umliegenden Städten

Die Fraktion begrüßt und unterstützte die Beauftragung an die Verwaltung, mit den umliegenden Städten nach deren Interesse an einer so genannten Beschulungsvereinbarung für Schüler ihrer Städte zum Besuch der Schwerter Gymnasien in Verhandlungen einzutreten.

- d) Zukünftige Standorte der Albrecht-Schweitzer- und der Ergster Grundschule

Gemeinsam mit allen anderen im Rat vertretenen Fraktionen waren wir uns über den Verbleib der Albrecht-Schweitzer-Grundschule am bisherigen Standort einig.

Ausführliche Erörterungen und Begehungen sowie heftige Diskussionen ergaben sich jedoch um den Standort der Ev. Grundschule Ergste.

Im Ergebnis kam die Fraktion in Übereinstimmung mit der CDU-Fraktion zu dem Ergebnis, dass die Verlagerung des Standorts zum Derkmannstück die sinnvollere und bessere Alternative sei.

Das Gebäude der Schule an der Ruhr ist in einem sehr guten baulichen Zustand, kann mit relativ weniger finanziellem Aufwand auf die Belange von Grundschulkindern umgerüstet werden und bietet sehr viel mehr Platz und Entwicklungsmöglichkeiten für die Schule.

Dabei wurde natürlich auch der durch Umfragen festgestellte Elternwille pro Verbleib am derzeitigen Standort berücksichtigt und abgewogen. Elternwille ist uns wichtig – er ist jedoch in diesem Falle nicht einziges Entscheidungskriterium.

In Beantwortung eines Leserbriefes im Blickwinkel schrieb Andrea Hosang: „...Politik hat die Pflicht, vorausschauend und gemeinwohlorientiert Entscheidungen zu fällen. Elternwille, stadtentwicklungspolitische Aspekte und Gemeinwohlaspekte sind in diesem Falle sehr genau abzuwägen. Und genau das tun wir. Bitte erwarten Sie nicht von uns, dass wir das Denken als Ratsmitglieder einstellen...Und bitte erwarten Sie dabei nicht von uns, dass wir bei unseren Abwägungen in jedem Falle zu genau den Ergebnissen kommen können, die Ihnen als Teilmenge der Bürgerschaft sinnvoll erscheinen.“

Und von Reinhard Streibel wurde die Annahme in die Diskussion eingebracht: Die Alternative zum neuen Grundschulstandort am Derkmannstück wäre eine Unterbringung für Flüchtlinge in einer Größenordnung von locker 300 bis 400 Personen gewesen. In einem solchen Fall wäre

ebenfalls von einem sehr eindeutigen Bewohnervotum auszugehen gewesen, was den von A. Hosang genannten Aspekt unterstreicht als Ratsmitglieder abwägen zu müssen. Insofern konnten in Sachen Schulpolitik u. E. richtige und wichtige Weichen für die Zukunft gestellt werden.

## 2. Umsetzung des Themas Inklusion

- Der von der Fraktion benannte Sachkundige Bürger Thorsten Eisenmenger hat aktuell leider sein grünes Mandat im Generationenausschuss niedergelegt, weil es für ihn unüberbrückbare Gegensätze in der Frage gab, wie und mit welchen Aufgabenfeldern ein/e Inklusionbeauftragte/r umzusetzen sei.

Während die Fraktion von einem breiten Verständnis von Inklusion als Teilhabe aller Menschen, Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit ausgeht, streben andere zusammen mit Thorsten Eisenmenger ein/e Inklusionbeauftragte/r mit der Einführung auf Menschen mit Behinderung an.

Spannend werden die kommenden Diskussionen und Entscheidungen im Generationenausschuss werden, wenn diese beiden Positionen dort aufeinandertreffen werden. Die Fraktion ist noch auf der Suche nach einem/r geeigneten Nachfolger/in für den grünen Platz als Sachkundiger Bürger im Generationenausschuss!

## 3. Flüchtlingssituation in Schwerte

Die notwendige Beschäftigung mit Fragen der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen hat sich wie schon im Jahr 2015 auch in den ersten Wochen des neuen Jahres fortgesetzt. Wenngleich auch die Zuweisungszahlen nach Schwerte in den ersten 3 Monaten 2016 sehr gering sind, werden diese laut Bezirksregierung Arnsberg ab Ende März/Anfang April wieder auf dem Niveau des Vorjahres zu erwarten sein.

- a) Ehemaliges FAB-Gelände  
Die Fraktion hat dem Vorhaben der Verwaltung zugestimmt, auf dem ehemaligen FAB-Gelände eine Wohnmöglichkeit für ca. 150 Personen zu schaffen – keine Container oder Holzbauweisen sondern in einer Fertigbaulösung, die womöglich auch über einen Zeitraum von 3 oder 5 Jahren als „Wohndorf in der Stadt“ Bestand haben könnten.  
Eine Kröte, die die Grüne Fraktion angesichts einer humanen Unterbringung von Flüchtlingen geschluckt haben, zumal lediglich ein Areal von 25% der Gesamtfläche des Geländes bebaut werden soll. Es bleibt also noch ausreichend Grün!
- b) Containerstandort am Gänsewinkel  
Entgegen dem Begehren einiger Anwohner im Umfeld des am Gänsewinkel geplanten Containerstandorts trägt die GRÜNE Fraktion auch dieses Vorhaben mit!  
Zumal die ursprünglichen Planungen, die von einer Größe von 150 Personen ausgingen, revidiert und auf 80 Flüchtlinge abgespeckt wurden und städtebauliche Aspekte in der Gestaltung der Anlage einbaut wurden.  
Die GRÜNEN werden auch ihr Augenmerk darauf legen, dass die Zusagen der Verwaltung über die befristete Nutzung bis Ende 2019 wie gesetzlich vorgeschrieben eingehalten werden.
- c) Flüchtlinge in Ergste  
Im Zusammenhang mit der Standortfrage der Ev. Grundschule Ergste haben sich die GRÜNE Fraktion auch damit befasst, inwieweit die Grundschule weiterhin an ihrem derzeitigen Standort verbleiben und die Schule an der Ruhr anderweitig und u. a. für Flüchtlinge genutzt werden kann.  
Sehr schnell waren wir uns einig, dass eine angedachte Begrenzung auf 80 Personen in diesem

großen Gebäude dann nicht durchzuhalten gewesen wäre, wenn durch hohe Zuweisungszahlen nach Schwerte erneut „Unterbringungsdruck“ entsteht.

Insofern haben wir uns aus diesem, wie auch aus den anderen, oben genannten Gründen gegen eine Nutzung der Schule an der Ruhr für Flüchtlinge und für den Umzug der Grundschule zum Derkmannstück ausgesprochen.

- d) Finanzierungspolitik von Bund und Land

Die GRÜNE Fraktion setzt sich aktuell wie bereits im letzten Jahr dafür ein, die Re-Finanzierungssituation der Stadt zu verbessern!

Der Bund muss für die Integration der Flüchtlinge tun und finanzielle Mittel bereitstellen.

Die Finanzierungsmodalitäten des Landes sind zwar gegen 2015 für das laufende verbessert worden, gestalten sich aber längst nicht auskömmlich!

Gerade für Kommunen im Stärkungspakt muss es neue Lösungen, bessere

Finanzierungsmodalitäten geben, dann schaffen wir das mit dem hohen bürgerschaftlichem

Engagement in dieser Stadt! Deshalb auch ein ganz großes Dankeschön an den AK Asyl mit seinen 450 ehrenamtlichen Helfern!

## **Grundschulstandort Ergste zukunftsfähig machen**

**15.2.2016** Nach Elterngesprächen und Begehungen der Räumlichkeiten in der Kirchstraße und am Derkmannstück kommen die GRÜNEN zu dem Ergebnis, dass die Grundschule Ergste ihr neues Domizil in den Räumen der Schule an der Ruhr beziehen sollte.

„Die Schule an der Ruhr bietet ein großzügiges, zukunftsfähiges Raumangebot und ist bestens ausgestattet – außerdem gibt es vor Ort das Lehrschwimmbecken, eine Kindertageseinrichtung und die OGS“, so die Fraktionssprecherin Andrea Hosang. „Alles Vorteile, Synergien und neue Entwicklungsmöglichkeiten.“

Die Größe der Klassenräume ist flexibel gestaltbar, bei Bedarf können derzeit vorhandene Zwischenwände ohne großen Aufwand entfernt werden. Differenzierungsräume für kleine Gruppen oder die Unterstützung einzelner Kinder in Umsetzung von Inklusion sind möglich und gegeben. Sogar eine Dreizügigkeit der Grundschule wäre möglich.

Trotzdem hat sich die Fraktion die Entscheidung nicht leicht gemacht. Vor allem, weil die befragten Eltern sich verständlicherweise ungern trennen wollen von dem vertrauten Gebäude in der Kirchstraße. Zum Ergebnis der Elternbefragung ist aus unserer Sicht zu bemerken: Ja, der Elternwille ist mit dem Abstimmungsergebnis eindrucksvoll belegt. Gleichwohl sind die Argumente weniger stark! Nach Abwägung aller Aspekte sind die Grünen zu der Überzeugung gekommen, dass es schulentwicklungspolitisch richtig ist, die Grundschule ans Derkmannstück zu verlegen.

Der viel zitierte Slogan "Kurze Beine, kurze Wege" passt nicht nur auf die Kirchstraße. Denn die Grundschule zieht vom westlichen Rand des derzeitigen Ortskerns an den östlichen. Sicher, die Kinder aus dem Unterdorf müssen dann „nach oben“, aber auch zurzeit schon müssen die Kinder „von oben“ ins Unterdorf! Übrigens liegen nur 800m Luftlinie zwischen beiden Standorten. Auch jetzt bereits werden Schüler und Schülerinnen zur Kirchstraße von den Eltern mit dem Auto gefahren. Und wenn argumentiert wird, "die Flure des Gebäudes am Derkmannstück seien zu lang für die kurzen Beine der Grundschüler" so ist dies unserer Ansicht nach zumindest befremdlich.

Die GRÜNEN haben intern lange gerungen, die Räume der Schule an der Ruhr möglicherweise für die Unterbringung von Flüchtlingen vorzusehen.

„Bei der Größe der Schule sind wir allerdings überzeugt, dass es nicht gelingen würde, eine Begrenzung der Unterbringungszahl auf 80 oder max. 100 Menschen durchzuhalten. Wenn der Druck

wieder steigender Zuweisungszahlen von Flüchtlingen nach Schwerte anhält, würde man im Sommer oder Herbst gar nicht mehr umhin kommen, einen derartigen Beschluss zu kippen - und dann könnten 300 oder 400 Menschen dort untergebracht werden“, meint Ratsmitglied Reinhard Streibel. „Das wollen die GRÜNEN in Schwerte nicht.“

Und wie geht es weiter mit dem viel zitierten Ortskern in Ergste?

Wir wissen, dass der von vielen Ergstern regelmäßig besuchte, lebendige "Ortskern" eher die Letmatherstraße mit ihren vielen Geschäften und Läden ist als die historische Kirchstraße, in der sich nur noch der Tabak- und Lottoladen befindet.

Die GRÜNEN werden sich gern an einer Quartiersentwicklung für die Kirchstraße und dem dann ehemaligen Gebäude der Grundschule beteiligen. Ideen dazu gibt es bereits, sie mit anderen zu diskutieren sind wir gerne bereit.

Andrea Hosang, Reinhard Streibel

### **28.01.2016 Ratsfraktion ist in das neue Jahr gestartet**

Die Grüne Ratsfraktion hat ihre Arbeit wieder aufgenommen und ist mit neuem Elan und vielen Vorhaben kommunalpolitisch ins neue Jahr gestartet!

Wichtige Aufgabenfelder werden weiterhin die Themen Schulentwicklung (Gesamtschule, Umzüge von Grundschulen, u.a.m.) und Integration von Flüchtlingen in Schwerte sein.

Daneben wird das Thema "Schwerter Wald" in den nächsten Monaten sicher wichtigen Raum einnehmen!

Und was noch? Über das Alltagsgeschäft hinaus wird sich die Fraktion mit weiteren Themen beschäftigen wie:

- Wie geht es weiter mit der Umsetzung des Handlungskonzeptes Inklusion?
- Umsetzung eines neuen Mobilitätskonzepts in der Schwerter Innenstadt
- Quartiersentwicklung in den Stadtteilen
- und vieles andere mehr...

In enger Zusammenarbeit mit der Ortsverband der GRÜNEN wird das Erfolgskonzept "GRÜNER SALON" im Kulturhaus am Bahnhof (TAF) fortgeführt: nach den erfolgreichen Veranstaltungen im Oktober letzten Jahres (Flüchtlinge) wurde vor wenigen Tagen im Januar das Thema Plastikmüll aufgegriffen (siehe dazu die aktuelle Berichterstattung auf dieser Webseite). Weitergehen wird es mit Themen wie Schwerter Wald; Wasserqualität und Bedeutung von Wasser für Schwerte; Gefährdung von jungen Menschen durch Salafismus, Islamismus, Fundamentalismus; .... und darüber hinaus wird versucht werden, auf andere aktuelle Themen einzugehen.

Noch folgender Hinweis:

Die Sitzungen der Ratsfraktion sind grundsätzlich öffentlich und Gäste mit Mit-Diskutanten sind genauso herzlich willkommen wie Anregungen, Hinweise und Tipps per Email an die Fraktion unter [gruene.fraktion@stadt-schwerte.de](mailto:gruene.fraktion@stadt-schwerte.de)!

Enweder kommen Sie/kommt Ihr einfach montags um 18h in den Fraktionsraum der GRÜNEN im Rathaus oder ihr/Sie telefonieren mit der Geschäftsstelle der Fraktion: 02304-104 384

Grüne Grüße

Andrea Hosang, Bruno Heinz-Fischer, Barbara Stellmacher, Max Reinert und Reinhard Streibel

## **Grüne mahnen: Alte Buchenbestände erhalten - Schwerter Wald ökologisch und gemeinwohlorientiert bewirtschaften**

**18.01.2016** Die Grünen sind erschreckt, dass im Schwerter Wald eine Menge von 2000 Festmetern Holz geschlagen werden soll. Dabei ist der Schwerter Wald im städtischen Eigentum, also ein Wald der Bürgerinnen und Bürger. Er ist deshalb aus grüner Sicht im Sinne des Gemeinwohls ökologisch und klimastabilisierend und nicht gewinnmaximierend zu bewirtschaften.

„Die geplanten Fällungen werden die Ausmaße eines Kahlschlages annehmen. Würde man diese Holzmenge als Stämme mit ca. 35 cm Durchmesser hintereinander aufreihen, hätte man eine Länge von 20 Kilometern zu bestaunen“, so Fraktionssprecherin Andrea Hosang.

Schon vor Jahren hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass besonders der Wald im öffentlichen Eigentum eine Vorbildfunktion wahrzunehmen hat und hauptsächlich der Umwelt- und Erholungsfunktion nachkommen muss.

Wälder sind Ökosysteme mit vielfältigen Funktionen. Sie filtern und speichern Wasser, nehmen erhebliche Mengen an Kohlenstoff auf, sie produzieren Sauerstoff, sie reinigen unsere Luft und haben eine herausragende Bedeutung für den Klimaschutz. Sie bieten Lebensraum für eine Vielfalt an Pflanzen, Tieren und anderen Organismen. Und unsere Wälder dienen nicht zuletzt der Naherholung. Dies gilt alles besonders für den Schwerter Wald, der jetzt von massiven Baumfällungen bedroht ist. Besonders besorgt sind die Grünen über die geplante Fällung sehr alter Buchenbestände. Der Schwerter Wald ist einer der letzten in der Region, der Buchenbestände mit einem Alter von über 160 Jahren aufweisen kann. Allein deshalb ist der Schwerter Wald schützenswert.

Die Grünen mahnen deshalb, den Schwerter Wald als Stadtwald sorgfältig und nachhaltig zu bewirtschaften. Die nötige Pflegefunktion kann auch punktuell und schonend wahrgenommen werden.

„Das geht jedoch nicht beim Einsatz von massivem Gerät, wie dem Harvester, auf dem durchnässten Waldboden. Dabei handelt es sich um tonnenschwere Holzerntemaschinen, die Bäume fällen und direkt vor Ort im Wald entasten, ablängen und transportieren“, erklärt Reinhard Streibel, Ratsmitglied für die Grünen. „Die Folgen des Einsatzes dieser Maschinen für den Waldboden und die darin lebenden Organismen sind beträchtlich. Insbesondere wird der Boden in den Fahrspuren der Harvester nach diesem nassen Winter derart verdichtet, dass dort Leben praktisch nicht mehr stattfindet! Moderne und nachhaltige Waldbewirtschaftung muss heute Bodenschutz und die Fruchtbarkeit des Bodens beachten.“

Die GRÜNEN in Schwerte setzen sich explizit dafür ein, dass der Schwerter Wald jetzt nicht „unter die Räder gerät“.